

Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
zum Entwurf des Einzelplans 14

- Einzelplan 14 -

Kapitel 1405

- Beschaffungswesen reformieren -

Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss fordert das Bundesministerium der Verteidigung auf, das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) endlich strukturell und personell so aufzustellen, dass die Vielzahl an komplexen Beschaffungsprojekten zu bewältigen ist. Die Maßnahmen zur Gewinnung von Personal für das Beschaffungsamt müssen dem großen Personalbedarf entsprechend gestaltet und gegebenenfalls auch weiter intensiviert und ausgebaut werden. Zur Umsetzung der Maßnahmen, die als Ergebnis der Arbeit der Task Force Beschaffung erarbeitet wurden, ist dem Verteidigungsausschuss jährlich zu berichten.

Begründung:

Nur mit umfassenden Veränderungen im Beschaffungswesen lassen sich in Zukunft die nach wie vor exorbitanten Kostensteigerungen, Lieferverzögerungen und technischen Probleme bei Rüstungsprojekten vorbeugen. Laufende und zukünftige Beschaffungsvorhaben müssen so entschieden, verhandelt, organisiert und zum Ziel geführt werden, dass diese im geplanten Kosten- und Zeitrahmen mit dem angeforderten Fähigkeitsprofil zulaufen. Es muss so dafür Sorge getragen werden, dass die im Haushalt für Beschaffungsprojekte vorhandenen Mittel sachgerecht und zielgerichtet verausgabt werden. Wenn, wie die G36 Nachfolgeentscheidung nach einer mehrjährigen Ausschreibung die Zuschlagserteilung aufgrund möglicher Patentrechtsverstöße aufgehoben werden muss und die Beschaffung dadurch verzögert wird sorgt das für Unverständnis bei der Truppe. Durch die Aufhebung der Vergabe der dringend benötigten Schweren Transporthubschrauber (STH) ist die Bundeswehr weiterhin auf veraltete und reparaturintensive Systeme angewiesen.

Berlin, den 14. Oktober 2020

Dr. Tobias Lindner MdB

Katja Keul MdB

Agnieszka Brugger MdB

Deutscher Bundestag
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache

19(12)828

30.10.2020 - 19/3288

5011-5